

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 8 66846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Ruth Winkler zum Verhältnis von Jugend und Rechtsextremismus: In der Mitte der Gewalt.

Seite 1

Siegmar Mosdorf MdB zu den Perspektiven nach der Konferenz von Rio: Wie retten wir unseren Planeten?

Seite 4

47. Jahrgang / 169

3. September 1992

In der Mitte der Gewalt

Zum Verhältnis von Jugend und Rechtsextremismus

Von Ruth Winkler

Vorsitzende der Jugendpolitischen Kommission beim SPD-Vorstand

Die Rostocker Erfahrungen sowie die anschließende Gewaltwelle in einer Reihe von deutschen Städten bestätigen in brutaler Weise, was schon dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1991 zu entnehmen war: Die Rechtsextremisten haben im vergangenen Jahr erheblich Zulauf bekommen und haben mehr Gewalttaten vor allem gegen die hier lebenden Ausländer geübt als im Jahre 1990. Fast 70 Prozent der an gewalttätigen Ausschreitungen Beteiligten sind zwischen 16 und 20 Jahre alt.

Das terroristische Auftreten war nicht planloser Krawall desorientierter Jugendlicher, sondern ließ taktische Führung und einen hohen Grad von Vernetzung erkennen. Die randalierenden Skinheads sind Teil einer auf etwa 4.200 (davon 3.000 in Ostdeutschland) geschätzten und vom Verfassungsschutz als "neonationalsozialistisch" eingestuften Gruppierung, die den militanten Kern der rechtsextremen Szene verkörpert. Diese Szene besteht aus Dutzenden von größtenteils winzigen Organisationen, die zusammen aber immerhin über mehr als 40.000 aktive Anhänger verfügen.

In den westdeutschen Ländern sind die Orientierungen und Verhaltensformen ideologisch geschlossener, organisatorisch fester, auf Parteien fixiert, insgesamt recht statisch. Im Osten herrschen andere Ausdrucksformen vor: Dynamik, Bewegungsorientierung, situationsbezogene Militanz, Rock-Bands wie "Störkraft" bringen die rassistischen Botschaften mit Mitteln an das vornehmlich jugendliche Publikum, die mit Kameradschaftsabenden der Alt-Nazis habituell nichts mehr zu tun haben.

In Rostock wurde hundertfach schwerster Rechtsbruch begangen. Es muß hier wie in anderen Fällen eine konsequente Strafverfolgung stattfinden, für die wir aber keine Sondergesetze brauchen. Fremdenfeindlich motivierte Straftaten müssen genauso verfolgt werden wie andere Verbrechen. Selbst die verbale Unterstützung der Randalierer aus der Bevölkerung kann angemessen strafrechtlich geahndet werden. Ich bin auch der Auffassung, daß in der Bevölkerung deutlich werden muß,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kleinformatige Ausgabe
mit schwarzer Rotstiftlin
Recycling-Papier



daß es sich bei den Aktionen der Rechtsextremen nicht um Kavaliersdelikte handelt. Die Polizei muß von ihrer Ausbildung und ihrer Ausrüstung her vorbereitet sein, und es muß der politische Wille existieren, das Gewaltmonopol des Staates zum Schutz auch von Ausländern einzusetzen.

An den Themen der rechtsextremen Parteien sollte die SPD die Auseinandersetzung in der Sache hart führen. Nur eine selbstbewußte und offensive Konfrontation mit Republikanern, DVU und anderen bringt Punkte im Kampf um die demokratische Kultur. Wer sich den Rechten nicht auch persönlich konfrontativ stellt, verliert nicht nur am Stammtisch sondern auch am Wahlabend. Die Strategie der "organisierten Ignoranz" läuft ins Leere. Ausgrenzung funktioniert genauso wenig wie opportunistisch Anpassung.

Inkompetenz, Dreistigkeit und finanzielle Abschnerei von Funktionären und Mandatsträgern der Rechtsextremen geben genügend Ansatzpunkte für öffentliche Diskussionen. Unser Lernziel sollte darüber hinaus sein, daß rechtsradikal zu wählen, eine Haßstimme bedeutet, die spaltet. Wer rechtsextrem wählt, schafft sich letztendlich noch mehr Probleme: Städte, die zur Bühne von Rechtsextremen werden, verlieren Reputation, kulturelle Ausstrahlung und nicht zuletzt laden sie weniger zu geschäftlicher Aktivität ein.

Die Wahlforscher sagen uns, daß sich die Anhängerschaften der Rechtsextremen verfestigt haben. Die Protestwahl ist nicht mehr einfach nur Denkzettel. Wären jetzt Wahlen, säßen die Republikaner im Bundestag und in allen Landesparlamenten - im Westen wie im Osten. Das Wählerpotential aus dem die Rechtsextremen schöpfen, setzt sich grob vereinfacht aus zwei sehr unterschiedlich motivierten Gruppen zusammen. Er ist zum einen weltanschaulich geprägter deutlich kleinerer Teil mit rechtskonservativen bis rechtsextremen Gesinnungen. Der zweite größere Teil - den rechtsextremen Parteien weit weniger intensiv verbundenen - ist primär von Zukunfts- und Verdrängungsängsten geprägt. In diesem beweglichen Potential spielen Wohlstandschauvinismus, Ängste vor Deklassierung und Statusverlusten, Sozialneid und kleinbürgerliche Unduldsamkeit schwer entwirrbare und schwer meßbare Rollen.

Unsere parlamentarische Demokratie, unsere politische Kultur ist noch nicht in ihrer Substanz gefährdet. Schon gar nicht durch die parlamentarische Präsenz von Republikanern oder DVU. Aber: In der Mitte der Gesellschaft gärt es, mit möglichen Folgen, die nicht kalkulierbar sind. Diese Aussage gilt insbesondere für Ostdeutschland mit dem rasanten Übergang in die "Risikogesellschaft". Zur Eskalation von Jugendgewalt und Rechtsextremismus in Ostdeutschland trägt bei, daß westdeutsche Politik massiv an der Zerstörung von Lebenszusammenhängen wirkt. Daneben erschwert demonstrativ Überlegenheit von Westdeutschen die Entwicklung zu mehr Selbstbewußtsein und fördert den Hang zur Schuldverschiebung auf Fremde. Diese Einsichten erklären einiges, sollen aber nichts entschuldigen, was sich an Fehlverhalten und Mitläufertum gezeigt hat.

Die Erfahrungen von immer mehr Jugendlichen können in diesem Kontext - ideologisch untermauert - Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologien und Einstiegschleusen für gewaltförmiges Handeln sein. Nicht jede Form von Gewalt ist mit rechtsextremistischen Orientierungen verbunden. Aber die Gefahr ist groß, da jeder nach Begründung seines Handelns sucht. Dabei gewinnen jene politische Positionen an Bedeutung, die Gewalt als sinnvoll erscheinen lassen und legitimieren.

Es gibt unzureichende und es gibt untaugliche Lösungsmuster. Unzureichend ist mit Sicherheit ein bomiertes Setzen auf die Ordnungskräfte. Die Polizei kann effektiver arbeiten, die Polizisten können besser ausgebildet werden, die Methoden können modernisiert werden. Aber mit Kontrolle und Disziplinierung allein kann das Problem genauso wenig gelöst werden wie mit Stigmatisierung oder Ausgrenzung. Die Reaktionen von Staat und Gesellschaft werden sich als kurzatmig erweisen, wenn sie wie bisher nur an jenen Problemen ansetzen, die die Jugendlichen machen, nicht aber jenen, die sie haben.

Auch für wenig benachteiligte, erfolgreiche Jugendliche, wenn man so will Modernisierungsgewinner, können rechtsextreme Orientierungen eine funktionale Verarbeitung ihrer Lebensrealität und Legitimation ihrer Handlungsweise leisten. Autoritarismus, Rassismus, Wohlstandschauvinismus und einseitige Leistungsideologie sind in den Gesellschaften Erfahrungen aller

Jugendlichen enthalten, werden von einem Teil von ihnen aufgegriffen und für ihre Zwecke eingerichtet - auch wenn die Jugendlichen aus ganz unterschiedlichen Lebenslagen kommen. Rechtsextremismus dient für Versuche der gesellschaftlichen Anpassung, der Angstbekämpfung, der Sinnfindung, der Sicherung eigener Positionen, der Legitimation von Gewalt. Deshalb lassen sich auch bei Wertanalysen und in Jugendstudien neben Modernisierungsgewinnern und -verlierern, Jungen und Mädchen weitere Differenzierungen erkennen: Zum Beispiel ost- und westdeutsche Jugendliche, rechte Jugendliche aus Stadt oder Land, Gewaltskins und Musikskins, organisierte und "spontane" Hooligans.

Vereinfacht für praxisbezogene Diskussionen unterscheidet Wilhelm Heitmeyer drei Gruppierungen rechtsextrem orientierter Jugendlicher:

1. Jugendliche, die fest in rechtsextreme Organisationen eingebunden sind.
2. Jugendliche, die sich gelegentlich für Aktivitäten, die von rechtsextremen Gruppen ausgehen oder von ihnen beeinflusst werden, gewinnen lassen, ohne aber damit eine Mitgliedschaft zu verbinden.
3. Jugendliche, und das ist die weitaus größte Gruppe, die manche Sichtweisen rechtsextremer Couleur vertreten, sich jedoch von rechtsextremen Organisationen distanzieren.

Insbesondere der Blick auf die beiden letztgenannten Gruppen läßt eine Stigmatisierung und Ausgrenzung als wenig sinnvoll erscheinen und macht vielmehr eine aktive Auseinandersetzung mit ihnen erforderlich. Diese Arbeit wird allerdings kaum auf die herkömmlichen Formen setzen können. Das Erstellen von Buttons und Transparenten, Solidaritätsfesten mit Ausländern oder Diskussionen über den Nationalsozialismus lassen in der Regel gestandene Antifaschisten, nicht aber sogenannte anfällige Jugendliche zusammenkommen. Leserbriefe, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Mahnwachen haben häufig einen hohen öffentlichen Aufmerksamkeitswert und sind als Zeichen demokratischen Selbstbewußtseins notwendig. Sie setzen aber nicht an Problemlagen und Lebenswelten rechtsextrem orientierter Jugendlicher an und kommen somit auch nicht an den Entstehungskontext ihrer Orientierungen heran.

In der Konsequenz darf sich eine erfolgversprechende Arbeit nicht auf Anlaßaktivitäten reduzieren, sondern sollte sich aktiv und präventiv mit den Jugendlichen und den sie bedrückenden Problemlagen auseinandersetzen. Statt fassungslos auf Wahlerfolge rechtsextremer Organisationen sowie spektakuläre Ausschreitungen zu starren, sollten wir uns auf Alltagswelten und Zukunftswünsche der Jugendlichen einlassen.

Erforderlich ist eine Politik, die soziale Lebenszusammenhänge stiftet und nicht zerstört. Dazu gehört, auch daß wir Arbeitsplätze schaffen, dies reicht jedoch nicht aus. Entscheidend sind stabile und verlässliche Beziehungen, ein Ensemble sinnvoller Tätigkeiten sowie die begründete Hoffnung auf eine unbeschädigte Zukunft. Eine soziale Entspannungspolitik (Wohnen, Arbeit, innere Sicherheit) kann Mindestvoraussetzungen schaffen. Die Gesellschaftspolitik der Bundesregierung betreibt das Gegenteil und ist verantwortlich für latente Unsicherheit und soziale Spannungen.

Eine aktuelle Bremer Studie weist nach, daß für Menschen in bestimmten städtischen Wohnquartieren der Fortzug von Statushöheren und die anschließende unvorbereitete Konfrontation mit Fremden, häufig ausländischen Einwohnern das Gefühl aufkommen läßt, "mit den Problemen allein" zurückzubleiben. Es gibt keine Hilfen bei der Aufarbeitung entstehender Ängste. Die Bremer Autoren wählen zur Charakterisierung dieser Entwicklung den Schlüsselbegriff der "sozialen Isolation". Rechts wählen wird zum Protestvotum; Vorurteile geben vordergründig Sicherheit; Gewalt schafft Eindeutigkeit.

Antworten werden in der Jugendarbeit, in der Sozialpädagogik, in praktischen Fußballfan-Projekten versucht. Die Diskussion wird inspiriert von Begriffen wie "Zuhören und Ernstnehmen", ohne zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Es geht um Begegnung, nicht-belehrenden Umgang, um Vertrauen, um Hilfen. Es ist ein komplizierter Balanceakt von: sich einlassen - Regeln vereinbaren und Grenzen ziehen - nicht ausgrenzen. Dies ist für alle Beteiligten ein physisch

und psychisch anstrengender Prozeß - und er ist sehr begrenzt in seiner "problemlösenden" Reichweite.

Sozialer Wandel, Individualisierungsdynamiken und Flexibilitätsdruck entfalten zentrifugale Kräfte. Nötig sind Angebote, die zu Gegenerfahrungen von Solidarität und Solidarisierung führen. Aktivitäten, die Bedürfnisse nach Körperausdruck realisieren lassen und emotional intensiv sind. Es geht in der Jugendhilfe, in der Jugendverbandsarbeit, im pädagogischen Alltag auch um Angebote für Aktivitäten, die auf neue Erfahrung zielen, die anregend und interessant sind. Festgefahrene Konzepte müssen zumindest ergänzt werden. Eine Öffnung gegenüber den Sozialräumen außerhalb der Jugendzentren und der Jugendverbandsarbeit erscheint mir notwendig.

Die Frage an die gesellschaftlichen Institutionen ist: Wie und wohin wollen wir Kinder und Jugendliche beeinflussen, welche Leitbilder wollen wir vermitteln, welche Realitätserfahrungen stellen wir bereit? Wir blicken auf diese Weise ins Zentrum der Gesellschaft und nicht primär auf randständige Krawallmacher an der Peripherie.

Wer der Pädagogik und der Jugendhilfe Aufgaben zuweist, darf die Politik nicht ausnehmen. Wenn die demokratischen Parteien nicht die ernsthafte Bereitschaft und die Fähigkeit zur Selbstüberprüfung aufbringen, werden ihre Orientierungsangebote nicht angenommen werden. Die SPD muß und will jene in ihren Lebenswelten wieder erreichen, die wenig oder kein Vertrauen mehr in die Lösungskapazitäten der herkömmlichen Politik setzen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß taktisches Herumdoktern am Asylrecht dieses Problem löst. Mir geht es auch nicht um zum Beispiel "Wahlrecht ab 15", sondern um ein gesellschaftliches Reformprogramm mittelfristiger Reichweite mit dem Ziel, die prägenden Lebensbedingungen von Jugendlichen zu ändern.

Gefragt ist eine Wirtschafts-, Sozial- und Jugendpolitik, die für Jugendliche Sinnpotentiale für die Entwicklung ökonomisch sozialer Perspektiven wieder erkennbar werden läßt und die darauf abzielt, soziale Netze zu knüpfen, die Jugendlichen Voraussetzungen für die Entwicklung stabiler demokratischer Orientierungen gewähren können. Diese Meßlatte gilt auch für das sozialdemokratische Regierungsprogramm 1994.

(-/3. September 1992/rs/ks)

Wie retten wir unseren Planeten?

Zu den Perspektiven nach der Konferenz von Rio

Von Siegmund Mosdorf MdB

Rio in diesem Sommer: Das war nicht nur Zuckerhut, Sonne, Strand, Meer, Elendsviertel und Superreichtum, sondern das war vor allem der Umweltgipfel der UNO. Auf dem Erdgipfel befaßten sich 180 Staaten mit der "Agenda 21". Das heißt mit der Tagesordnung des 21. Jahrhunderts. Bei manchen Zielen konnten sich die Staaten nicht einigen, andere werden an der Umsetzung und am Geld scheitern. Der Umweltgipfel kann nur zum Teil als Erfolg bewertet werden. Allerdings wurde mit dem Erdgipfel das Umweltbewußtsein weiter geschärft und die Entwicklungsländer haben den Zusammenhang von "Umwelt und Gerechtigkeit" herausgearbeitet. Entscheidend wird jetzt sein, ob nach dem Gipfel auch etwas passiert. Ein konkretes Konzept zur ökologischen Veränderung unserer Produktion und unserer Lebensweise hat jetzt Ernst-Ulrich von Weizsäcker mit seinem Buch "Erdpolitik/Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt" (erschienen in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt 1990, Preis DM 49,00) vorgelegt. Die einzelnen Vorschläge für eine Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in seinem neuen Buch zeichnen sich durch eine große Konkretheit aus. Neu ist auch die alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche umfassende Zielsetzung und die pragmatische Erfolgsorientierung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen.

Name und zugleich Programm ist für Ernst-Ulrich von Weizsäcker der Begriff "Erdpolitik", Erdpolitik als "weltweite Umweltpolitik", als Sinnbild der Schöpfung: "Erde", "aus der wir sind und zu der wir werden".

Das letzte Jahrhundert war geprägt vom ökonomischen Streben nach Wohlstand. Entsprechend dem liberalistischen Wirtschaftsmodell war die 'Nutzoptimierung des Einzelnen zum Wohle der Allgemeinheit', wertbestimmend im 'Jahrhundert der Ökonomie'. Die schönen Tage dieses naiven ökonomischen Konsenses sind jedoch gezählt. Konsumwachstum und Raubbau an der Natur stoßen an Grenzen. Was die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung an Energie, Boden, Wasser, Luft und anderen Naturgütern verbrauchen, ist auf die übrigen 90 Prozent der Erdbevölkerung nicht übertragbar. Der Erde droht der ökologische Kollaps. Beispiele für die traurige Bestandsaufnahme: Wir verlieren gegenwärtig auf der Erde jede Sekunde 3.000 bis 5.000 Quadratmeter Wald. Täglich sterben, teilweise als Folge der Waldzerstörung, zehn vielleicht 50 Tier- und Pflanzenarten endgültig aus. Dazu kommen dramatische Klimaveränderungen durch den zunehmenden Treibhauseffekt.

Die traditionellen Marktkräfte sind an ihre Grenzen gestoßen. Der Erhalt dessen, was von der Natur noch übrig geblieben ist, muß höchste Priorität bekommen. Von Weizsäcker bezeichnet daher das 21. Jahrhundert als das 'Jahrhundert der Umwelt', während er das jetzige mit dem Begriff 'Jahrhundert der Ökonomie' umschreibt. Der Zustand der Erde - ausgeraubt, gefährdet, zerstört von Menschenhand - wird politikbestimmend: Jeder ist gezwungen, seine Handlungsweise als Beitrag zum Erhalt der Umwelt zu rechtfertigen.

Erste Ansätze einer Umweltpolitik gab es schon im vorigen Jahrhundert. Der Überblick von Ernst-Ulrich von Weizsäcker über die historische Entwicklung und die einzelnen Instrumente der Umweltpolitik zeigt aber auch die Unzulänglichkeiten traditioneller Umweltpolitik auf. So wie Luftverschmutzung, Klimaveränderung und Umweltzerstörung vor Grenzen nicht Halt machen, so muß auch die Umweltpolitik die Probleme global angehen.

Beispielhaft werden fünf Problembereiche aufgezeigt, in denen die bisherige Umweltpolitik versagt hat. Von Weizsäcker deutet in seiner Kritik bereits erste Lösungsansätze an, wo die bestehenden umweltpolitischen Maßnahmen zu ergänzen sind:

- Das Ziel der Umweltpolitik im Energiebereich war bisher, die Energieversorgung 'sicher' und 'umweltverträglich' zu machen; die Verminderung des Energiebedarfs und die Erhöhung der Energieeffizienz spielten aber eine untergeordnete Rolle.
- Jede Stoffnutzung bedeutet ein latentes Umweltproblem. "Hatta sich die klassische Umweltpolitik auf die unbeabsichtigten Emissionen aus der Produktion konzentriert, so muß sich die künftige Umweltpolitik systematisch um die absichtsvoll hergestellten Produkte sowie um die Stoffströme kümmern, die den Weg dieser Produkte 'von der Wiege bis zur Bahre' bezeichnen". Zentrale Ursache des Energie- und Abfallproblems ist, daß die Preise in der Regel viel zu niedrig sind und nicht die 'ökologische Wahrheit' sagen. Die Lösungsvorschläge setzen deshalb an folgenden Punkten an: Künstliche Preise für Sekundärrohstoffe, Abgaben auf Abfälle, Stufenweise Verteuerung der Energie sowie die Anwendung des Konzepts 'Produkt bleibt Eigentum des Herstellers' (Rücknahmepflicht).
- Der Verkehr ist verantwortlich für 50 Prozent des Landschaftsverbrauchs und 80 Prozent der Landschafts- und Biotopzerschneidung. Werden Lärm, Umweltverschmutzung und sonstige externe Kosten mit hinzugerechnet, entpuppt sich der Verkehr als größter Verursacher von Umweltschädigungen überhaupt. Während in anderen Bereichen Erfolge erzielt werden konnten; beispielsweise durch bessere Filter oder Kläranlagen, ist bei den Umweltbelastungen durch den Verkehr noch kein Ende in Sicht. Im Gegenteil, mit dem EG-Binnenmarkt wird sogar eine weitere Zunahme des Verkehrsaufkommens erwartet. Von Weizsäcker schlägt deshalb vor, "sich europaweit für eine konsequente und stetige ökologisch begründete Verteuerung der Straßenbenutzung (zu) entscheiden". Der Wirtschaft, der Bahn und der Autobranche müßte klargemacht werden, daß man an dieser Politik verlässlich festhält und sie auch unerbittlich durchsetzt. Nur so können durch klare Zielvorgaben als Orientierung in diesen Bereichen auch ökologische Innovationen ausgelöst werden.
- Die bisherige EG-Agrarpolitik hat die Umweltprobleme durch den alten Typ der Landwirtschaft zum Beispiel Artenverlust, Nitratbelastung, Bodenerosion, saurer Regen noch verstärkt. Hier sind dringend neue ökologische Zielsetzungen notwendig: Umweltschutzvorschriften für die Landwirtschaft, direkte finanzielle Zahlungen für nicht landwirtschaftliche Leistungen (zum Beispiel Landschaftspflege) und eine völlig andere Agrarhandelspolitik.

- Ein Großteil der Umwelterstörung findet in Ländern der Dritten Welt statt. Die Weltarbeits-
teilung erhöht zwar die Produktivität insgesamt, aber sie scheint keine Selbststabilisierung
zu haben. Verstärkt durch den enormen Bevölkerungsdruck und dem Protektionismus der
Industrieländer führt sie zur Ausräuberung der Natur in den meisten Entwicklungsländern.
Erschreckend ist die Bilanz: waren in den sechziger Jahren noch 5,2 Millionen Menschen
jährlich von Flutkatastrophen betroffen, so sind es in den 70er Jahren bereits 18,5 Millionen.
Nach Daten des Roten Kreuzes haben wir auf der Welt rund 500 Millionen Umweltflüchtlinge
und ihre Zahl nimmt ständig zu.

Alle die Beispiele zeigen: Wir leben über unsere Verhältnisse. Wenn wir unsere Pro-Kopf-Ver-
bräuche von Energie, Wasser, Mineralien und Landschaft nicht drastisch verringern, ist die
Erde bald irreversibel zerstört. Was wir brauchen so von Weizsäcker, "das für den Süden technisch und ökonomisch leichter erreichbar ist und in den
Ländern des Nordens zu einer Einschränkung des Verbrauchs an unwiederbringlichen Natur-
schätzen und der Umweltverschmutzung führt.

Das Buch zeigt praktische, realpolitische Handlungsansätze auf. Kernstück ist dabei eine
"ökologische Steuerreform". Es zeigt sich, so von Weizsäcker, "daß unsere bisherige Wahr-
nehmung der 'Kosten der Umweltschutzes' verkehrt war. Ein tiefer ansetzender ökologischer
Strukturwandel verbunden mit einer 'Effizienzrevolution' wird unserer Gesellschaft nicht
'Kosten' verursachen, sondern er wird in erster Linie als Nutzen in Erscheinung treten. ...Es
geht um eine Vorsorgeorientierte Umweltpolitik nach dem Verursacherprinzip unter starker
Betonung der Kosten."

Der Umweltpolitiker Wicke hat errechnet, daß die Kosten und damit die heutigen Preise erst zu
einem Fünftel bis einem Zehntel die ökologische Wahrheit wiedergeben. von Weizsäcker will
mit einer ökologischen Steuerreform einen allen Lebens- und Wirtschaftsbereiche umfassen-
den "ökologischen Strukturwandel" und eine "Effizienzrevolution" im Umgang mit den Naturgü-
tern herbeiführen.

Hauptsansatzpunkte dieser ökologischen Steuerreform sind dabei:

- Umweltsteuern müssen negative Umweltfaktoren belasten,
- eine ökologische Steuerreform darf die Staatsquote nicht erhöhen, muß also aufkommens-
neutral gestaltet sein,
- eine ökologische Steuerreform muß gerecht sein
- und einen geringen Verwaltungsaufwand erfordern,
- die Höhe und das Einführungsstempo dürfen nicht schockartig wirken; vielmehr müssen 20
bis 30 Jahre lang jährlich zusätzliche Umweltsteuern in Höhe von circa 0,3 bis 0,5 Prozent
des Bruttosozialprodukts erhoben werden bis ein Gesamtanteil von zehn Prozent erreicht
ist,
- Umweltsteuern dürfen nicht als Instrument für andere, beispielsweise fiskalische, Zielset-
zungen mißbraucht werden,
- Umweltsteuern müssen EG-weit eingeführt werden, damit keine Wettbewerbsnachteile ent-
stehen.

Das erzielte Aufkommen soll in Form von Steuerentlastungen an die Steuerzahler zurückgege-
ben werden. Mehrbelastungen bei einzelnen Personenkreisen, sind durch Kompensations-
zahlungen auszugleichen. von Weizsäcker erwartet, daß die einzelnen Wirtschaftssubjekte mit
Anpassungsreaktionen auf diese Umweltsteuern reagieren: "Wer durchschnittlich viel einspart,
lebt dann gleich teuer wie vorher, wer sich gar nicht anpaßt, lebt teurer, wer sich stark anpaßt,
lebt billiger." Die logische Folge dieses neuen umweltpolitischen Rahmens wird eine umwelt-
verträgliche Wirtschaft sein. Alle Lebens-, Arbeits- und Produktionsprozesse werden einen
Wandel durchmachen vom "heutigen Verschwendungsmodell zu einer neuen Kultur". Am Ende
dieses Weges könnte ein neues Wohlstandsmodell stehen, in dem die Vermeidung von Kosten
endlich auch als Nutzen wahrgenommen wird und somit dem Langzeitwohlstand dient.

(-/3. September 1992/rs/fr)
